

# **Verfassung des Landes Hessen**

## **– Auszug –**

**Vom 1. Dezember 1946**

(GVBl. I S. 229), zuletzt geändert am 11. und 12. Dezember 2018 (GVBl. S. 738 ff.)

### **Erster Hauptteil - Die Rechte des Menschen**

#### **I. - Gleichheit und Freiheit**

(...)

##### **Artikel 9**

Glauben, Gewissen und Überzeugung sind frei.

(...)

#### **IIa. Staatsziele**

##### **Artikel 26a**

Staatsziele verpflichten den Staat, die Gemeinden und Gemeindeverbände im Rahmen ihrer Zuständigkeit und Leistungsfähigkeit zur fortlaufenden Beachtung und dazu, ihr Handeln nach ihnen auszurichten.

##### **Artikel 26b**

Die natürlichen Lebensgrundlagen des Menschen stehen unter dem Schutz des Staates und der Gemeinden.

##### **Artikel 26c**

Der Staat, die Gemeinden und Gemeindeverbände berücksichtigen bei ihrem Handeln das Prinzip der Nachhaltigkeit, um die Interessen künftiger Generationen zu wahren.

##### **Artikel 26d**

<sup>1</sup>Der Staat, die Gemeinden und Gemeindeverbände fördern die Errichtung und den Erhalt der technischen, digitalen und sozialen Infrastruktur und von angemessenem Wohnraum.

<sup>2</sup>Der Staat wirkt auf die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Stadt und Land hin.

**Artikel 26e**

Die Kultur genießt den Schutz und die Förderung des Staates, der Gemeinden und Gemeindeverbände.

**Artikel 26f**

Der ehrenamtliche Einsatz für das Gemeinwohl genießt den Schutz und die Förderung des Staates, der Gemeinden und Gemeindeverbände.

**Artikel 26g**

Der Sport genießt den Schutz und die Förderung des Staates, der Gemeinden und Gemeindeverbände.

(...)

**IV. Staat, Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften****Artikel 48**

- (1) Ungestörte und öffentliche Religionsübung und die Freiheit der Vereinigung zu Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften werden gewährleistet.
- (2) Niemand darf gezwungen oder gehindert werden, an einer kirchlichen Handlung oder Feierlichkeit oder religiösen Übung teilzunehmen oder eine religiöse Eidesformel zu benutzen.
- (3) Es besteht keine Staatskirche.

**Artikel 49**

„Jede Kirche, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaft ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbstständig innerhalb der Schranken des für jedermann geltenden Gesetzes. „Sie verleiht ihre Ämter ohne Mitwirkung des Staates oder der bürgerlichen Gemeinde.“

**Artikel 50**

- (1) Es ist Aufgabe von Gesetz oder Vereinbarung, die staatlichen und kirchlichen Bereiche klar gegeneinander abzugrenzen.
- (2) Die Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften haben sich, wie der Staat, jeder Einmischung in die Angelegenheiten des anderen Teils zu enthalten.

**Artikel 51**

(1) <sup>1</sup>Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften bleiben Körperschaften des öffentlichen Rechts, soweit sie solche bisher waren. <sup>2</sup>Anderen Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften kann auf Antrag die gleiche Rechtsstellung verliehen werden, wenn sie durch ihre Verfassung und die Zahl der Mitglieder die Gewähr der Dauer bieten.

(2) <sup>1</sup>Der Zusammenschluss von Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften unterliegt keinen Beschränkungen. <sup>2</sup>Der aus mehreren öffentlich-rechtlichen Gemeinschaften gebildete Verband ist auch eine Körperschaft des öffentlichen Rechts.

(3) Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften, die Körperschaften des öffentlichen Rechts sind, können nach näherer gesetzlicher Regelung aufgrund der bürgerlichen Steuerlisten Steuern erheben.

**Artikel 52**

Die auf Gesetz, Vertrag oder besonderen Rechtstiteln beruhenden Staatsleistungen an die Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften werden im Wege der Gesetzgebung abgelöst.

**Artikel 53**

Der Sonntag und die staatlich anerkannten Feiertage bleiben als Tage der Arbeitsruhe und der seelischen Erhebung gesetzlich geschützt.

**Artikel 54**

<sup>1</sup>Soweit das Bedürfnis nach Gottesdienst und Seelsorge in Krankenhäusern, Strafanstalten und sonstigen öffentlichen Anstalten besteht, sind die Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften zu religiösen Handlungen zugelassen. <sup>2</sup>Dabei hat jeder Zwang zu unterbleiben.

**V. Erziehung, Bildung und Denkmalschutz****Artikel 55**

<sup>1</sup>Die Erziehung der Jugend zu Gemeinsinn und zu leiblicher, geistiger und seelischer Tüchtigkeit ist Recht und Pflicht der Eltern. <sup>2</sup>Dieses Recht kann nur durch Richterspruch nach Maßgabe der Gesetze entzogen werden.

**Artikel 56**

(1) <sup>1</sup>Es besteht allgemeine Schulpflicht. <sup>2</sup>Das Schulwesen ist Sache des Staates. <sup>3</sup>Die Schulaufsicht wird hauptamtlich durch Fachkräfte ausgeübt.

- (2) An allen hessischen Schulen werden die Kinder aller religiösen Bekenntnisse und Weltanschauungen in der Regel gemeinsam erzogen (Gemeinschaftsschule).
- (3) <sup>1</sup>Grundsatz eines jeden Unterrichts muss die Duldsamkeit sein. <sup>2</sup>Der Lehrer hat in jedem Fach auf die religiösen und weltanschaulichen Empfindungen aller Schüler Rücksicht zu nehmen und die religiösen und weltanschaulichen Auffassungen sachlich darzulegen.
- (4) Ziel der Erziehung ist, den jungen Menschen zur sittlichen Persönlichkeit zu bilden, seine berufliche Tüchtigkeit und die politische Verantwortung vorzubereiten zum selbstständigen und verantwortlichen Dienst am Volk und der Menschheit durch Ehrfurcht und Nächstenliebe, Achtung und Duldsamkeit, Rechtlichkeit und Wahrhaftigkeit.
- (5) <sup>1</sup>Der Geschichtsunterricht muss auf getreue, unverfälschte Darstellung der Vergangenheit gerichtet sein. <sup>2</sup>Dabei sind in den Vordergrund zu stellen die großen Wohltäter der Menschheit, die Entwicklung von Staat, Wirtschaft, Zivilisation und Kultur, nicht aber Feldherren, Kriege und Schlachten. <sup>3</sup>Nicht zu dulden sind Auffassungen, welche die Grundlagen des demokratischen Staates gefährden.
- (6) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, die Gestaltung des Unterrichtswesens mitzubestimmen, soweit die Grundsätze der Absätze 2 bis 5 nicht verletzt werden.
- (7) <sup>1</sup>Das Nähere regelt das Gesetz. <sup>2</sup>Es muss Vorkehrungen dagegen treffen, dass in der Schule die religiösen und weltanschaulichen Grundsätze verletzt werden, nach denen die Erziehungsberechtigten ihre Kinder erziehen haben wollen.

#### **Artikel 57**

- (1) <sup>1</sup>Der Religionsunterricht ist ordentliches Lehrfach. <sup>2</sup>Der Lehrer ist im Religionsunterricht unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechts an die Lehren und die Ordnungen seiner Kirche oder Religionsgemeinschaft gebunden.
- (2) Diese Bestimmungen sind sinngemäß auf die Weltanschauungsgemeinschaften anzuwenden.

#### **Artikel 58**

- <sup>1</sup>Über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht bestimmt der Erziehungsberechtigte. <sup>2</sup>Kein Lehrer kann verpflichtet oder gehindert werden, Religionsunterricht zu erteilen.

#### **Artikel 59**

- (1) <sup>1</sup>In allen öffentlichen Grund-, Mittel-, höheren und Hochschulen ist der Unterricht unentgeltlich. <sup>2</sup>Unentgeltlich sind auch die Lernmittel mit Ausnahme der an den Hochschulen gebrauchten. <sup>3</sup>Das Gesetz muss vorsehen, dass für begabte Kinder sozial Schwächergestellter Erziehungsbeihilfen zu leisten sind. <sup>4</sup>Es kann anordnen, dass ein angemessenes

senes Schulgeld zu zahlen ist, wenn die wirtschaftliche Lage des Schülers, seiner Eltern oder der sonst Unterhaltspflichtigen es gestattet.

(2) Der Zugang zu den Mittel-, höheren und Hochschulen ist nur von der Eignung des Schülers abhängig zu machen.

#### **Artikel 60**

(1) <sup>1</sup>Die Universitäten und staatlichen Hochschulen genießen den Schutz des Staates und stehen unter seiner Aufsicht. <sup>2</sup>Sie haben das Recht der Selbstverwaltung, an der die Studenten zu beteiligen sind.

(2) <sup>1</sup>Die theologischen Fakultäten an den Universitäten bleiben bestehen. <sup>2</sup>Vor der Berufung ihrer Dozenten sind die Kirchen zu hören.

(3) Die kirchlichen theologischen Bildungsanstalten werden anerkannt.

#### **Artikel 61**

<sup>1</sup>Private Mittel-, höhere und Hochschulen und Schulen besonderer pädagogischer Prägung bedürfen der Genehmigung des Staates. <sup>2</sup>Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die Privatschulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen, wenn sie eine Sonderung nach den Besitzverhältnissen der Eltern fördern oder wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist. <sup>3</sup>Das Nähere bestimmt das Gesetz.

#### **Artikel 62**

<sup>1</sup>Die Denkmäler der Kunst, der Geschichte und Kultur sowie die Landschaft genießen den Schutz und die Pflege des Staates und der Gemeinden. <sup>2</sup>Sie wachen im Rahmen besonderer Gesetze über die künstlerische Gestaltung beim Wiederaufbau der deutschen Städte, Dörfer und Siedlungen.

(...)

